

Krieg in Libyen – nicht wieder Blut für Öl!

Das ist mal klar: Herr Gaddafi ist absolut nicht unser Freund!

Und nicht DIE LINKE hat den libyschen Diktator jahrzehntelang hoffiert und mit Waffen beliefert, sondern fast alle Natostaaten- auch Deutschland!

Vorweg Frankreich, Großbritannien und die USA bombardieren nun seit Wochen Ziele in Libyen – nicht nur militärische.

Angeblich geht es um den Schutz der Aufständischen dort. Diese sind aber so eindeutig nicht als Freiheitskämpfer zu benennen. Denn darunter sind z.B. auch Kräfte, die auf dem Titelfoto einer führenden deutschen Zeitung die libysche Königsflagge von 1951 schwenken, eine Zeit, als Erdöl und Erdgas dort noch Privatbesitz waren und der König eine Marionette der Ölkonzerne ...

Wer sagt uns denn, dass hier nicht am Ende eine Gewaltherrschaft von der anderen abgelöst wird, wie nach dem 1. Irakkrieg, als der Emir von Kuwait wieder seine alleinige Macht und seinen Besitz zurückbekam- ohne echte Volksvertretung und Demokratie?

Und warum haben die Natostaaten nicht in den Golfstaaten eingegriffen, wo die Ölscheichs mit Hilfe saudiarabischer Söldner auf die eigene Bevölkerung schießen lassen, wie in Bahrain? Vielleicht deshalb, weil das dortige Öl in den Händen der Scheichs für die westlichen Ölkonzerne bisher immer verfügbar war?

Es geht wohl auch in Libyen wieder mal vor allem um Öl, für das Blut fließen soll.

Und darum, wie es sich die Reichen und Mächtigen dieser Erde sichern und daran bereichern wollen. Dafür bezahlen muss wohl wieder die wehrlose Zivilbevölkerung – mit Leben und Gesundheit...

Damit ist DIE LINKE nicht einverstanden und in dieser Frage ausnahmsweise mal gleicher Meinung wie die Bundesregierung, die unser Land im Moment wohl noch offiziell aus dem Krieg in Libyen heraushalten will.

Wir wollen allerdings auch nicht, dass nun über 300 Bundeswehrosoldaten mehr in Afghanistan eingesetzt werden!

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Keine unüberlegte militärische Kraftmeierei – stattdessen Einsatz friedlicher Mittel bei Konfliktlösungen wie Kontensperrung, Öl- u. Waffenembargo!

Bürgerbegehren erfolgreich!

Über 10.000 Unterschriften sammelte die Bürgerinitiative Pro Nizzabad für den Erhalt des Langenberger Freibades. Damit konnte das geforderte Quorum für ein erfolgreiches Bürgerbegehren deutlich überschritten werden.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Velbert hatte bereits im Rat gegen die Schließung des Nizzabades votiert. Michael Alfermann, selbst Mitglied der Initiative und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat begrüßt das erfolgreiche Bürgerbegehren und meint: "Das Nizzabad ist ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität in Langenberg und ein Anziehungspunkt für Auswärtige. Die über 10.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren zeigen eindeutig, dass die Menschen sich das Freibad nicht kaputtsparen lassen wollen".

Auch DIE LINKE ruft alle VelberterInnen auf:

Gehen Sie zu Ihrem Wahllokal oder stimmen Sie per Briefwahl für den Erhalt des Langenberger Freibades - das sollte es uns allen wert sein!

**Kein Krieg für
Öl und Profit
-
weder in Libyen
noch anderswo!
Raus aus
Afghanistan!**

**Bürgerentscheid
am Sonntag,
dem 10.7.11:
Nizzabad erhalten!**

Transparenz weichgespült

In der Ratssitzung vom 22. Februar entbrannte auf Initiative der Linken eine kontroverse Debatte über Transparenz in Betrieben mit städtischer Mehrheitsbeteiligung. DIE LINKE. hatte beantragt, dass die Stadtverwaltung ein Verfahren entwickelt, durch das alle Informationen, die nicht zwingend der Geheimhaltung bedürfen, für den Bürger transparent gemacht werden. Am Ende rang man sich lediglich zu einem unverbindlichen Appell durch.

Dabei wurde zunächst durchaus offen und intensiv diskutiert. Die Berechtigung des Anliegens mochte niemand in Frage stellen. Am Ende erwiesen sich aber die Widerstände gegen eine verlässliche Transparenzlösung als zu stark. Vor Allem

von Seiten der Stadtverwaltung kamen zahlreiche Einwände: Verweise auf juristische Grenzen der Öffentlichkeit und Angst vor Überforderung. Am Ende wurde der Antrag der Linken nur von den Grünen mitgetragen.

Dazu Michael Alfermann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Ein trauriges Ergebnis. Immerhin haben wir nur gefordert, den Rahmen des juristisch Möglichen auszuschöpfen. Etwas anderes war nie im Gespräch. Und es ist wirklich nicht einzusehen, warum die Beurteilung der Veröffentlichungsfähigkeit von Unterlagen, wie sie im Rat und den Ausschüssen ja praktiziert wird, die Velberter Stadtverwaltung überfordern sollte.“

In den Aufsichtsräten städtischer Betriebe werden weitreichende Entscheidungen getroffen. Verkäufe und Umschichtungen von kommunalem Eigentum, Bauprojekte, der Betrieb von Kultur und Sportveranstaltungen... vieles betrifft den Bürger direkt. Und weil die Unternehmen seiner Stadt gehören, sollte er auch ein Recht haben, darüber informiert zu werden. Nur dann kann er sich noch zu Wort melden und seine Interessen artikulieren. Der Inhalt der Aufsichtsratssitzungen ist aber prinzipiell vertraulich. Da bleibt dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied oft nichts anderes, als die Faust in der Tasche zu ballen. Reden darf er nicht. **Und der Bürger wird vor vollendete Tatsachen gestellt.**

Velberter SPD für Bebauung der Wilhelmshöhe

Mit 6:4 stimmte der BZA-Langenberg am 09.03. gegen einen Antrag der Fraktion DIE LINKE., das Gelände an der Wilhelmshöhe wieder zu Agrarland zurück zu widmen. Hatte sich die SPD noch vor der letzten Wahl gegen eine Bebauung der Wilhelmshöhe ausgesprochen, stimmte jetzt auch ein SPD-Vertreter dafür. Der Kampf gegen die Bebauung - Gewäsch von gestern?

Die Geschichte um die Wilhelmshöhe ist alt, verdient aber doch Beachtung, denn sie ist ein Lehrstück, wie Demokratie ausgehebelt wird. Vor gut 9 Jahren hatte eine städtische Gesellschaft einen Teil des obigen Geländes zu Baulandpreisen gekauft, obwohl es noch Agrarland war. Anschließend wurde der Politik die Umwidmung von Agrarland in Bauland vorgeschlagen. Dabei war das Hauptargument der Diskussion keineswegs sachlicher Natur. Der Politik wurde vielmehr klar gemacht dass die städtische Gesellschaft sonst einen Buchverlust in Millionenhöhe machen würde. Damals gab es



durchaus noch etliche, die sich dem Druck nicht beugen wollten. Selbst in der CDU gab es Widerstand. 2008 verließ Arnhild Daube, eben wegen dieses Punktes, ihre Fraktion. Auch die SPD gehörte bis zur letzten Wahl mit Linken, Grünen und UVB zu denjenigen, die gegen eine Bebauung waren.

Nun sieht die Welt anders aus. Dank Enthaltungen und einer

Gegenstimme aus den Reihen der SPD bekam der Antrag der Linken keine Mehrheit. Bezeichnenderweise begründeten alle, die sich enthielten oder mit der CDU stimmten, ihr Stimmverhalten rein monetär. Ob die Bebauung dort sinnvoll ist, war nicht ausschlaggebend. Man muss also sagen: Die Erpressung der Politik war erfolgreich.

Stopp dem Lohndumping durch Leiharbeit

Kommentar von Michael Schlecht, im
MdB und Chefvolkswirt Fraktion DIE
LINKE sowie Gewerkschafts-
politischer Sprecher im
Parteivorstand DIE LINKE

Merkel jubelt über das
Beschäftigungswunder. 40,8
Millionen Erwerbstätige im
Dezember; so viel wie noch nie.
Schaut man hinter die Fassade,
dann sieht man
fast nur noch
Leiharbeit. 83
Prozent der neuen
Arbeitsplätze in
Baden-
Württemberg sind
Leihjobs. Das hat
das Statistische
Landesamt für
den Zeitraum
Sommer 2009 bis
Sommer 2010
vorgerechnet.

Eine Befragung
von Betriebsräten
ergab, dass im
Jahr 2010

bundesweit 43 Prozent aller neuen
Arbeitsplätze mit Leihbeschäftigung
besetzt wurden. Und 42 Prozent
waren nur befristet. Gerade einmal
15 Prozent der Arbeitsplätze haben
die Unternehmer unbefristet fest
vergeben. Leiharbeit nimmt überall
zu. Bundesweit dürfte die Millionen-
marke bereits überschritten sein.
Das ist deutlich höher als vor der
Krise. In Baden-Württemberg sind
es mehr als 100.000, in Bayern
waren es im Oktober 2010 bereits
115.000. Auch in den
Vorzeigebetrieben des deutschen
Industriekapitals wird vermehrt auf
Leihjobs gesetzt. Beim Daimler in
Stuttgart-Untertürkheim haben vor
der Krise rund 10.000 fest
Beschäftigte gearbeitet, heute sind
es nur noch 9.000. Aber dafür gibt
es jetzt nahezu 700 Leiharbeiter
mehr. Beim Weltmarktführer für
Landmaschinen - John Deere - sind

im Mannheimer Werk
Lackierarbeiten ausgelagert worden.
In einen neuen Betrieb, der keine
Tarifverträge kennt, sondern nur
Leiharbeit und Befristungen. Mit
abenteuerlichen Arbeitsbedingun-
gen und Stundenlöhnen von 7,60
Euro. Und das ist genau das, worum
es geht. Lohndumping! So auch in
der Tiefdruckerei von
Springer/Bertelsmann in Ahrens-

die ihren Beschäftigten so wenig
zahlen, dass sie mittels des Arbeits-
losengeld II faktisch subventioniert
werden. Die Leiharbeit muss
gestoppt werden. Politisch, durch
Gesetz. DIE LINKE will nicht nur
equal pay, also die gleiche
Bezahlung wie die
Stammebelegschaft, sondern zusätzl-
ich eine zehnpromtente Prämie.
Wie in Frankreich. Die Verleihdauer

darf nur höchstens drei
Monate betragen und
der Betriebsrat soll ein
Vetorecht haben. Und
als Streik-brecher darf
niemand missbraucht
werden. Das Ziel:
Leiharbeit wieder
zurückdrängen,
sodass weniger als
100.000 Menschen so
arbeiten.

SPD und Grüne haben
im Rahmen der
Agenda 2010 die
Menschen der
Despotie der

Leiharbeit ausgesetzt. Jetzt geht es
um den Kampf, neue Schutzrechte
einzuführen. Es geht um die
Auseinandersetzung im Parlament
und auf der Straße. Deshalb sind
Aktionstage wie der 24. Februar, zu
dem die Gewerkschaften aufrufen,
so wichtig.

Gute Nachricht für KleinverdienerInnen:

Netto zahlt für seine Beschäftigten
jetzt 7.50 Euro pro Std.

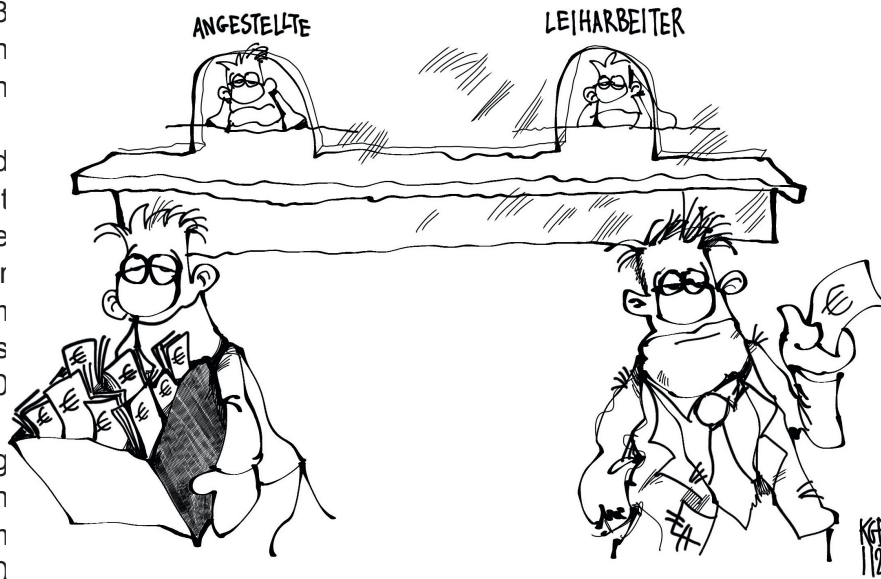
Das sind immerhin ca. 2 Euro mehr
als vorher.

Aber: Der DGB hält 8,50 Euro pro
Std. für nötig.

DIE LINKE fordert wenigstens 10
Euro pro Std. Tariflohn im
Einzelhandel lt. Verdi: 10,89 Euro!
Fazit: So schön die Meldung für die
Netto-Beschäftigten auch ist:

Es bleibt noch viel zu tun in Sachen
Mindestlohn !

LOHNTÜTENAUFGABE



burg. Knapp 20 Prozent der Drucker
arbeiten als Leiharbeiter und be-
kommen weniger als 12 Euro die
Stunde; der Tarif liegt je nach Eing-
ruppierung bei mindestens 17 Euro.
Wer in einem Leihjob arbeitet,
bekommt deutlich weniger. Im
Schnitt verdienen Leiharbeitskräfte
nur die Hälfte: rund 1400 Euro
Brutto bei einem Vollzeitjob; das hat
der DGB jüngst vorgerechnet. Ein
Drittel der Leihjobber bekommt
weniger als 1200 Euro.

Und diese Lohndrückerei der
Unternehmer kostet den Sozialstaat
richtig Geld. Denn viele haben so
wenig, dass sie Anspruch auf
Arbeitslosengeld II haben. Allein im
Juni letzten Jahres hat das 40
Millionen Euro gekostet. Für das
Jahr 2011 drohen die Kosten zu
explodieren. Die wahren Sozial-
schmarotzer sind die Unternehmer,

Gas-Geier kassieren ab!

Nachdem uns gerade die Strom-Multis eine Preiserhöhung für Elektrizität von ca. 10% zum 1.1.11 um die Ohren gehauen haben, folgen nun die Gaskonzerne ohne Rücksicht auf Verluste! 46% beim Grundpreis und fast 2% pro Kilowattstunde betragen die jetzt bekannt gewordenen Erhöhungen zum 1.4.2011 - und das ist kein Aprilscherz!

Die höheren Umsatzzahlen durch den bisher extrem kalten Winter hat den Energie-Multis wohl noch nicht gereicht - sie kriegen den Hals einfach nicht voll! Bezahlen müssen das natürlich wieder die kleinen Leute, die als Mieter oder Eigenheimbesitzer kaum Möglichkeiten haben diese Mehrkosten auf andere abzuwälzen.

Nun kann man natürlich beim Bundeskartellamt gegen verbotene Preisabsprachen der Gas-Multis klagen. Aber das kann dauern und auch im Sand verlaufen. Man kann natürlich auch den Anbieter wechseln und vielleicht einen finden, der 10% günstiger ist. Aber dann muss man immer noch 40% mehr bezahlen...

DIE LINKE fordert die Enteignung der marktbeherrschenden Konzerne - vor allem der Energiemultis - und ihre Überführung in Gemeineigentum. So steht es in unserer Landesverfassung im Artikel 27 - und die ist geltendes Recht - seit über 60 Jahren! Immer wieder fallen aber die Preistreiber vor allem der Energiemultis über die Menschen her und nehmen ihnen die mühsam verdienten Euros wieder zusätzlich aus der Tasche - das darf nicht mehr so weiter gehen! Hier sind z.B. auch Landes- und Bundesregierung gefordert, um "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden"!

Übrigens: DIE LINKE hat einen Energie-Sparplan für Velbert und den Kreis ME entwickelt, der die Nutzung von kostenloser Erdwärme in Verbindung mit Sonnenenergie, Windkraft, Biogas und Industrieabwärme vorsieht.

Das macht nicht nur Stadt und Kreis, sondern auch die Bürger ein gutes Stück unabhängiger von den großen Gas- und Stromkonzernen und schützt uns auch in Zukunft ein gutes Stück vor solchen Preiserhöhungen wie den o.a.!

Bravo Velberter Mieterverein!

Der Mieterverein Velbert hat ein wichtiges Urteil für die Velberter Mieter erstritten:

Sog. "Schönheitsreparaturen" brauchen in Zukunft nicht mehr von Mietern durchgeführt werden. Entsprechende Passagen der Mietverträge sind ungültig. Das betrifft vor allem Mieter der Wobau.

(Es geht hier natürlich nicht um grobe Wohnungsschäden durch die Mieter.)

Bezeichnend ist aber, dass hier ein geltendes höchstrichterliches Urteil erst durch einen weiteren Gerichtsspruch durchgesetzt werden musste...Jedenfalls dürfen jetzt beim Auszug nicht mehr willkürlich Reparaturen wie Türen und Fensterrahmen streichen oder komplett neu tapezieren von den Mietern gefordert werden.

(Kosten, die leicht über 1000 Euro gehen können!)

Bravo, Velberter Mieterverein!

DIE LINKE in Velbert macht was...

1. Gegen den Umbau am Offersplatz stimmen! Wer soll den bezahlen, wo doch kein Geld in der Stadtkasse ist? Und für wen eigentlich? Der Gedenkstein für die Verfolgten der Nazis an der Alten Kirche soll bleiben, wo er ist!
2. Dreck weg – aber hallo! Mitglieder der LINKEN strichen die versifften Klos der Langenberger Tiefgarage und säuberten sie von Hakenkreuzen!
3. Für die Arbeitnehmer, Arbeitslosen und kleinen Leute eintreten - gemeinsam mit Gewerkschaften, Mietervereinen, Sozialverbänden und allen, die gegen Sozialabbau und Lohndumping aktiv sind!
4. Uns weiterhin für die Tausenden Mieter von Wobau, Gagfah, LEG und Brack Capital einsetzen – in Velbert-West, Am Kostenberg, in Birth, Langenberg und sonstwo in Velbert und anderswo. Wie wäre es z.B. mit Mieterbeiräten dort?
5. Für die 2. öffentliche Gesamtschule!

Aufgemerkt!

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Unser Büro ist für Sie geöffnet:

Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Mittwochs: 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstags: 15:00 bis 17 Uhr

Telefonisch erreichen sie uns unter:

02051/932810

Impressum

V.i.S.d.P.:

Ingrid Schween und Joschka Baum

Offerstraße 14a, 42551 Velbert

buero@dielinke-velbert.de

www.dielinke-velbert.de

Termine

Sonntag	01.05. 11:00	Tag der Arbeit - IGM-Feier im "WOK" (Oststraße 48)
Donnerstag	05.05. 18:00	Buch-Lesung und Diskussion zum 8. Mai "Paris - Boulevard St. Martin No.11 Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist" In den Bürgerstuben, Kolpingstraße 11